STADT FEHMARN

NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Fehmarn
am Donnerstag, dem 19. Dezember 2013, 19.00 Uhr,
im "Senator-Thomsen-Haus", Burg auf Fehmarn, Breite Straße, Fehmarn

Anwesend:

Bürgervorsteherin Brigitte Brill,
Erster Stadtrat Jörg Weber,
Stadtvertreter Andreas Herkommer,
Stadtvertreter Dr. Helmut Kettler,
Stadtvertreter Gunnar Mehnert,
Stadtvertreter Bernd Remling,
Stadtvertreter Hans-Peter Thomsen,
Stadtvertreterin Marianne Unger,
Stadtvertreter Werner Ehlers,
Stadtvertreter Hinnerk Haltermann,
Stadtvertreter Reiner Haselhorst,
Stadtvertreter Jürgen Kölln,
Stadtvertreterin Margit Maaß,
Stadtvertreter Josef Meyer,
Stadtvertreterin Gitte Struck,
Stadtvertreter Andreas Hansen,
Stadtvertreter Carsten Mackeprang,
Stadtvertreterin Claudia Parge,
Stadtvertreter Oliver Schultz,
Stadtvertreterin Christiane Stodt-Kirchholtes,
Stadtvertreter Marco Eberle,
Stadtvertreterin Christiane Dittmer.

Entschuldigt fehlt:

Stadtvertreter Gert Jacobsen

Weiter anwesend:

Bürgermeister Otto-Uwe Schmiedt,
Fachbereichsleiter Mario Markmann,
Fachbereichsleiter Burkhard Naß,
Werkleiter Stadtwerke Fehmarn Rainer Loosen,
Stv. Werkleiter T-SF Lars Widder bis einschl. TOP 23,
Gleichstellungsbeauftragte Giesa Wulf.

Protokollführer: Günther Schröder

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung der Stadtvertretung um 19.00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Gremiums, alle anwesenden Gäste sowie die Vertreter der örtlichen Presse.

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung fest. Demnach ist die Stadtvertretung mit 22 Mitgliedern beschlussfähig; entschuldigt fehlt Stadtvertreter Gert Jacobsen.

Änderungen zur Tagesordnung werden wie folgt zur Abstimmung gebracht:

Unter Tagesordnungspunkt 25 wird eine weitere Grundstücksangelegenheit auf die Tagesordnung genommen. Hierzu wird die Tischvorlage SV 022-2013 ausgeteilt.

Auf Antrag von Bürgermeister Schmiedt werden die Tagesordnungspunkte 20 und 21 vorgezogen und zu Tagesordnungspunkte 16 und 17, so dass sich die nachfolgenden Tagesordnungspunkte entsprechend verschieben.

Auf Nachfrage erklärt sich das Gremium mit diesen Änderungen einverstanden.

Die Tagesordnungspunkte 24, 25, und 26 sollen nichtöffentlich beraten werden, da Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit im Sinne von § 35 Abs. 1 Satz 2 GO vorliegen.

Dazu ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Tagesordnungspunkte 24, 25, und 26 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten, da Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit im Sinne von § 35 Abs. 1 Satz 2 GO vorliegen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)

Die neue Tagesordnung lautet demnach wie folgt:

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung und Amtseinführung einer/eines neuen Stadtvertreter/-in
3. Entgegennahme der Erklärung über die Bildung einer Fraktion und Benennung der/des Fraktionsvorsitzenden und deren/dessen Stellvertreter/-in
4. Feststellung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 26.09.2013
5. Mitteilungen im öffentlichen Teil
6. Sachstandsbericht zur Festen Fehmarnbeltquerung
7. Nachbesetzung von Ausschüssen (SV 021-2013)
8. Politikplanspiel der Inselfschule Fehmarn; „Pimp my Island“ (SV 020-2013)
hier: Ergebnisse der Fachausschüsse
9. 6. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Fehmarn; (HA 008-2013)
hier: Stellvertretung durch bürgerliche Mitglieder im Ausschuss
10. Satzung der Stadt Fehmarn über die Erhebung von Beiträgen für die (Fi 015-2013)
Herstellung, Ausbau, Erneuerung und den Umbau von Straßen, Wegen
und Plätzen (Straßenbaubeitragssatzung)
11. Änderung der Satzung über Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Fi 012-2013)
in der Stadt Fehmarn; 1. Nachtragssatzung
12. Eilentscheidung Bürgermeister i. S. Stromlieferung Straßenbeleuchtung - ohne Vorlage -
13. Veränderung von Ansprüchen (Fi 013-2013)
14. Beteiligung Stadt Fehmarn am Windkraftprojekt Presen-Burgstaaken (Fi 014-2013)
15. Bürgerhaushalt 2014, Beratung - Beschlussfassung über Vorschläge (Fi 005-2013)
16. Wirtschaftsplan 2014 der Stadtwerke Fehmarn (SWHA 008-2013)
17. Wirtschaftsplan 2014 des Tourismus-Service Fehmarn (TA 005-2013)
18. Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 (Fi 008-2013)
19. Widmung von öffentlichen Verkehrsanlagen (Fi 016-2013)
20. Vergabe von Grundstücken mit Wohnbebauung (Fi 009-2013)
hier: Grundstücke Staakensweg / Südersoll

21. Straßenausbauprogramm 2014 (BA 021-2013)
hier: Grundsatzbeschluss
22. Kurabgabe 2014 (TA 004-2015)
23. Anträge und Anfragen im öffentlichen Teil
- 23.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Aufhebung der Wiederbesetzungssperre - Anlage
- 23.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fehmarnbelt-Querung - Anlage

B. Nichtöffentlicher Teil

24. Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil
25. Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten;
- 25.1 Grundstücksverkauf bzw. -tausch ehem. Bahntrasse / Umgehungsstraße (Fi 010-2013)
- 25.2 Grunderwerb für den Bau einer Umgehungsstraße (Fi 011-2013)
- 25.3 KiTa-Finanzierung (SK 011.2-2013)
- 25.4 Vereinbarungen mit den Wasser- und Bodenverbänden (SWHA 009-2013)
- 25.5 Gewerbegebiet (Tischvorlage SV 022-2013)
26. Anträge und Anfragen im nichtöffentlichen Teil

C. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe evtl. Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde

1.1 Lampenmarkierungen im Bürger Stadtpark

Frau Seiler führt aus, dass die angebrachten Markierungen für die zu errichtende Stadtparkbeleuchtung zwischenzeitlich nicht mehr vorhanden seien. Sie bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes.

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass eine zeitnahe Aufstellung der Beleuchtung im Bürger Stadtpark auch weiterhin vorgesehen sei.

1.2 Schießstand Burgstaaken

Herr Klaus Hansen führt aus, dass 45.000,-- Euro für Unterhaltungsmaßnahmen am Gebäude des Schießstandes im Haushaltsplan 2014 gestrichen worden seien. Insbesondere war mit dem Geld vorgesehen, das Dach Instand zu setzen. Er erkundigt sich, ob es möglich sei, einen Teil des Geldes zur Instandsetzung zur Verfügung zu stellen, wenn notwendige Reparaturen durch den Nutzer selbst durchgeführt werden.

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass für Anfang 2014 entsprechende Gespräche mit den Nutzern vorgesehen seien, insbesondere auch deswegen, da die Norder Wildersche Toten- und Schützengilde sich zum Jahresende auflösen werde. Eine Dachinstandsetzung sei zurzeit nicht zwingend notwendig.

1.3 Feste Fehmarnbeltquerung

Herr Kerlen, Vorsitzender des hiesigen Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung stellt nachfolgende Fragen:

a) Durch welche Maßnahmen soll eine ausreichende Prüfung der vorliegenden Planfeststellungsunterlagen im Hause der Stadt Fehmarn sichergestellt werden. Sei es zudem vorgesehen, Prüfaufträge extern zu vergeben?

b) Gebe es seitens des Kreises Ostholstein eine Unterstützung bei der Prüfung der Planfeststellungsunterlagen, wenn ja, welche?

c) Gebe es Überlegungen seitens der Stadt Fehmarn sich bei der Stellungnahme auch durch einen Rechtsanwalt vertreten zu lassen?

d) Im Zuge des geplanten Ausbaues der B 207 sei von der Planfeststellungsbehörde mitgeteilt worden, dass die Herstellung eines Wildschutzzaunes nicht vorgesehen sei. Beabsichtige die Stadt Fehmarn gegen diese Entscheidung zu klagen?

Bürgermeister Schmiedt beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu a) Die Überprüfung der Planfeststellungsunterlagen sowie die Abgabe einer entsprechenden Stellungnahme sei durch die Verwaltung der Stadt Fehmarn sichergestellt.

Zu b) Seitens des Kreises erfolge keine Unterstützung bei der Prüfung der Planfeststellungsunterlagen, da die Stadt Fehmarn ein eigener TÖB sei.

Zu c) Im Zweifelsfall sei es durchaus möglich, einen erfahrenen Rechtsanwalt mit der Vertretung zu beauftragen.

Zu d) Die Zuständigkeit liege bei den hiesigen Hegeringen. Aber auch die Stadt Fehmarn wird sich einbringen und noch einmal zum Ausdruck bringen, wie wichtig es sei, entsprechende Wildschutzzäune aufzustellen.

1.4 Bürgerwindpark Ostermarkelsdorf/Presen/Todendorf

Frau Albert bittet bei der Einrichtung des vorgenannten Bürgerwindparks um eine möglichst frühe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Für sie sei das Projekt zurzeit schon sehr weit fortgeschritten.

Fachbereichsleiter Naß führt aus, dass man in das formale Bauleitverfahren eingestiegen sei. Das Verfahren laufe „normal“ ab.

1.5 Sitzungsunterlagen im Internet

Herr Peter Meyer bedankt sich bei der Vorsitzenden für die im Internet bereitgestellten Einladungen und Vorlagen zu den Sitzungen der städtischen Gremien. Er selber hält eine noch frühzeitigere Veröffentlichung der Unterlagen für wünschenswert.

1.6 Einwohnerversammlung

Herr Peter Meyer erkundigt sich, wann noch in diesem Jahr die jährliche Einwohnerversammlung stattfinden werde.

Die Vorsitzende antwortet, dass im Jahr 2014 eine Einwohnerversammlung stattfinden werde. Sie weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die Durchführung einer Einwohnerversammlung gem. § 16 b der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein nicht zwingend vorgeschrieben sei und es sich lediglich um eine Kann-Vorschrift handele.

1.7 Brandschutzangelegenheiten

Herr Peter Meyer stellt fest, dass die Fragen der SPD-Fraktion zum Brandschutz in der letzten Sitzung des Hauptausschusses nicht ausreichend beantwortet worden seien. Die zusätzlichen 100.000,-- Euro für Brandschutzangelegenheiten (Feuerlöschteiche) werden von ihm infrage gestellt. Herr Meyer kann nicht nachvollziehen, wieso soviel Geld zusätzlich zur Verfügung gestellt werden könne. Abschließend bittet er um Auskunft, ob es eine Übersicht gebe, aus der entnommen werden könne, welche Feuerwehreteiche noch unterhalten bzw. noch erhaltenswert seien.

Bürgermeister Schmiedt führt aus, dass nur die Feuerlöschteiche bewirtschaftet und instandgesetzt werden, die auch für den Brandschutz in der Stadt Fehmarn benötigt werden. Die Notwendigkeit werde anhand der zu erfüllenden Brandlast geprüft. Die zusätzlichen Finanzmittel werden sinnvoll dort eingesetzt, wo sie auch notwendig seien. Die Löschwasserversorgung in der Stadt Fehmarn sei aber zu jederzeit sichergestellt.

1.8 Straßenunterhaltungsmaßnahmen

Herr Peter Meyer führt aus, dass seiner Ansicht Steuergelder falsch eingesetzt werden. Eine ordnungsgemäße Unterhaltung der Gemeindestraßen sei nicht zu erkennen. Im Gegenteil seien viele Instandsetzungsarbeiten überteuert ausgeführt worden. Zudem fehlen Kontrollen der Arbeiten die durch Fremdfirmen ausgeführt worden seien. Außerdem werden seiner Ansicht nach Schäden durch den Schwerlastverkehr nicht dokumentiert. In diesem Zusammenhang bittet er auch um Auskunft, ob Schadenersatz eingefordert werde, wenn solche Beschädigungen festgestellt worden seien.

Stadtvertreter Mehnert, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bau- und Umweltausschusses, führt aus, dass regelmäßig, sowohl im Bau- und Umweltausschuss, als auch im Finanzausschuss, über den Zustand und die notwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Gemeindestraßen berichtet werde. Er bittet Herrn Meyer auch weiterhin um eine kritische Begleitung der Angelegenheit.

Bürgermeister Schmiedt führt aus, dass Schäden, die durch Dritte verursacht worden seien, nur verfolgt werden können, wenn Hinweise aus der Bevölkerung in der Stadtverwaltung eingehen.

1.9 Ortsteil Westermarkelsdorf

Herr Kerlen teilt mit, dass die Zuwegung zur Ortschaft Westermarkelsdorf u.a. auch in Eigeninitiative der dortigen Bevölkerung erfolgt sei. Zwischenzeitlich haben sich auf der Fahrbahn Risse gebildet. In diese Risse dringe schon das Wasser ein. Er bittet notwendige Instandsetzungsarbeiten nicht aus den Augen zu verlieren.

Stadtvertreter Mehnert antwortet, dass insgesamt ca. 300 Straßenkilometer zu unterhalten seien. Um notwendige Arbeiten durchführen zu können, sei auch der Bauhof auf entsprechende Informationen aus der Bevölkerung angewiesen. Er bedankt sich bei Herrn Kerlen für dessen Hinweis.

1.10 Hochwasserschutzmaßnahmen

Herr Bernd Hiss führt aus, dass beim letzten Hochwasser Teile der Hansestadt Hamburg überflutet gewesen seien. Eine telefonische Auskunft des zuständigen Ministeriums in Kiel habe zum Ergebnis gehabt, dass die Deiche auf der Insel Fehmarn zum Schutz vor Hochwasser ausreichend hergerichtet seien. Auswaschungen im Regionaldeich bei Wallnau wurden zwischenzeitlich bereits behoben.

Nicht geschützt seien jedoch die Landstriche der nördlichen Seeniederung. Er bittet um Auskunft was seitens der Stadt Fehmarn zum Schutz der nördlichen Seeniederung geplant sei.

Bürgermeister Schmiedt teilt hierzu mit, dass eventuell vorhandene Finanzmittel für die Insel Fehmarn durch hohes Investitionsvolumen auf der Insel Sylt wohl nicht mehr zur Verfügung stünden. Er stellt jedoch die bisherige gute Zusammenarbeit mit dem LKN (Deichschau) heraus. Für die Ostsee (Insel Fehmarn) seien die vorhandenen Deiche eigentlich ausreichend.

Herr Hiss stellt in diesem Zusammenhang fest, dass auch bei fehlenden finanziellen Mitteln ein Schutz der Insel Fehmarn möglich sein müsse. Er stellt die Frage ob andere Investitionen wichtiger seien.

Bürgermeister Schmiedt antwortet, dass der Einsatz von knappen Finanzmitteln gesteuert werden müsse. Ein Gefährdungspotenzial für die Insel Fehmarn liege jedoch nicht vor.

1.11 Geplante Umgehungsstraße

Herr Bernd Hiss führt aus, dass die Stadt bereits heute im Zusammenhang mit dem Bau der Umgehungsstraße Grundstücke erworben habe. Er stellt den Bau der Umgehungsstraße infrage und stellt weiter fest, dass die Finanzierung unklar sei und ein Förderbescheid noch nicht vorliege. Auch sei der Ausgang des Planfeststellungsverfahrens noch völlig offen. Er bittet die Verantwortlichen bei der Stadt Fehmarn darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoller sei, die für die Umgehungsstraße vorgesehenen Finanzmittel im sozialen Bereich oder für notwendige Hochwasserschutzmaßnahmen zu verwenden.

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass die Realisierung der Umgehungsstraße für die Stadt Fehmarn ein wichtiges Projekt sei. Nach Realisierung des ersten und zweiten Bauabschnittes sei eine deutliche Entlastung des innerörtlichen Verkehrs zu erwarten. Ein Planfeststellungsbeschluss sei nach Auskunft des zuständigen Staatssekretärs für das kommende Jahr zu erwarten. Ein beschleunigtes Verfahren sei hingegen nicht möglich.

Herr Hiss ergänzt seine Ausführungen dahingehend, dass auch die geplante Umgehungsstraße in einem Überschwemmungsgebiet liegen würde. Er hält ein Investitionsvolumen von ca. 12. Mio. Euro für den geplanten Ausbau für nicht sinnvoll, zumal die Förderung seitens des Ministeriums bisher nur auf mündlichen Zusagen basiere.

Bürgermeister Schmiedt entgegnet, dass das Projekt bereits im Förderprogramm des Ministeriums aufgeführt sei. Zudem stellt er fest, dass vorhandene Finanzmittel in sozialen Bereichen der Stadt Fehmarn in ausreichender Höhe vorhanden seien. Diese Mittel werden sinnvoll in den Bereichen Kindertagesstätten und Schulen eingesetzt.

2. Verpflichtung und Amtseinführung einer/eines neuen Stadtvertreter/-in

Nachdem Frau Ulrike Ebeling am 4. Dezember 2013 ihr Mandat in der Stadtvertretung Fehmarn mit sofortiger Wirkung niedergelegt hat, wurde als Nachrücker Herr Marco Eberle, Ortsteil Burg auf Fehmarn, Am Markt 14, 23769 Fehmarn, festgestellt.

Die Vorsitzende verpflichtet Stadtvertreter Eberle durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in seine Tätigkeiten ein.

3. Entgegennahme der Erklärung über die Bildung einer Fraktion und Benennung der/des Fraktionsvorsitzenden und deren/dessen Stellvertreter/-in

Die Vorsitzende nimmt die Erklärung der Stadtvertreterin Christiane Stodt-Kirchholtes zur Kenntnis in der es heißt, dass Stadtvertreter Marco Eberle und sie sich zur Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zusammengeschlossen haben. Stadtvertreterin Christiane Stodt-Kirchholtes übernehme den Fraktionsvorsitz und Stadtvertreter Eberle ihre Vertretung.

Die Erklärung über die Bildung der Fraktion wird der Originalniederschrift als Anlage beigelegt.

4. Feststellung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 26. September 2013

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 26. September 2013 wird in der vorliegenden Form und Fassung festgestellt.

5. Mitteilungen im öffentlichen Teil

5.1 Sprechstunde der Bürgervorsteherin

Die Vorsitzende informiert darüber, dass sie auch im neuen Jahr eine Bürgersprechstunde im Rathaus der Stadt Fehmarn anbieten werde. Die Sprechstunde werde jeweils am zweiten Dienstag im Monat, von 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr, stattfinden. Die Termine werden rechtzeitig im Schaukasten am Rathaus mitgeteilt. Außerdem werde sie das FT bitten über ihre Sprechstunde zu informieren.

5.2 Parteiaustritt

Die Vorsitzende informiert darüber, dass Stadtvertreterin Christiane Dittmer aus der FDP ausgetreten sei. Sie verbleibe jedoch als parteiloses Mitglied in der Stadtvertretung.

5.3 Regionalmanagement „Feste Fehmarnbeltquerung“

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass das Auswahlverfahren zur Besetzung des Projektmanagements „Regionale Zusammenarbeit an der Achse A 1 als Folge des Baues einer festen Fehmarnbeltquerung 2014 bis 2016 (Erste Verlängerung)“ zwischenzeitlich abgeschlossen sei. Die Vorstellungsgespräche haben stattgefunden und es sei damit zu rechnen, dass Mitte/Ende des ersten Quartals eine Wiederbesetzung der vakanten Planstelle erfolgen werde.

Zusatz der Verwaltung: Mitgeteilt wird, dass die vakante Planstelle bereits zum 1. Februar 2014 nachbesetzt werde.

Abschließend teilt Bürgermeister Schmiedt mit, dass der Zuwendungsbescheid für das vorab beschriebene Projekt für Januar 2014 in Aussicht gestellt worden sei.

5.4 Stellenausschreibung Tourismusdirektor/ -in

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass eine Vorauswahl zur Wiederbesetzung der vakanten Stelle im Tourismus-Service Fehmarn getroffen worden sei. Die Vorstellungsgespräche seien für Januar 2014 terminiert. Eine Wiederbesetzung der vakanten Stelle im Tourismus-Service Fehmarn sei für Ende des ersten Quartals bzw. Anfang des zweiten Quartals zu erwarten.

5.5 Weihnachtshilfswerk

Stadtvertreterin Unger teilt mit, dass sie als stellvertretende Bürgermeisterin an der Weihnachtsfeier des Deutschen Roten Kreuzes in Westfehmar teilgenommen habe. Dort wurden Klagen laut, dass nach „Umschichtung“ der Haushaltsmittel für die Ausrichtung einer Weihnachtsfeier, wie in den Vorjahren, zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Stadtvertreterin Unger wurde daher gebeten, ein nochmaliges Gespräch zwischen Politik, Verwaltung und Seniorenbeirat zu veranlassen.

5.6 Werbung T-SF in Hamburg

Stadtvertreter Ehlers dankt dem Tourismus-Service Fehmarn für die tolle Idee mit einem Surfbrett und einem Bootsanhänger in Hamburg für den Tourismus auf Fehmarn geworben zu haben.

5.7

Bürgermeister Schmiedt bedankt sich bei der Stadtvertretung und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Verwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr 2013.

6. Sachstandsbericht zur Festen Fehmarnbeltquerung

Da die Projekt- und Regionalmanagerin Mona-Babette Walkenhorst am heutigen Tage nicht anwesend sein kann, verliest die Vorsitzende eine E-mail die ihr zugegangen sei. In dieser E-mail bedankt sich Frau Walkenhorst für die gute Zusammenarbeit und wünscht dem Nachfolgeprojekt alles Gute. Frau Walkenhorst stellt außerdem heraus, dass es dringend notwendig sei das Projekt weiterzuführen.

Bürgermeister Schmiedt bedankt sich bei Frau Walkenhorst für die geleistete Arbeit und teilt mit, dass man Frau Walkenhorst im kleineren Kreise verabschiedet habe.

Ergänzungen zu dem Bericht von Frau Walkenhorst, abgegeben in der Sitzung des letzten Hauptausschusses, habe Bürgermeister Schmiedt am heutigen Tage nicht.

7. Nachbesetzung von Ausschüssen

Vortrag gemäß Vorlage SV 021-2013

Sachverhalt:

Frau Ulrike Ebeling hat am 4. Dezember 2013 ihr Mandat in der Stadtvertretung Fehmarn mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Als Nachrücker für Frau Ebeling wurde Herr Marco Eberle, OT Burg auf Fehmarn, Am Markt 14, 23769 Fehmarn, festgestellt. Nachdem sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter TOP 3. der heutigen Sitzung gegenüber der Bürgervorsteherin neu erklärt hat, werden durch den Mandatsverzicht Nachbesetzungen in den Fachausschüssen notwendig.

8. Politikplanspiel der Inselfschule Fehmarn; „Pimp my Island“ ; h.: Ergebnisse der Fachausschüsse

Vortrag gemäß Vorlage SV 020-2013

Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus den Vorlagen TA, SK020-2013 und BA 016-2013 incl. Anlagen.

Die Fachausschüsse haben die Vorschläge, Anregungen und Beschlüsse der Schülervertretungen ausführlich beraten und der Stadtvertretung jeweils eine Beschlussfassung empfohlen.

Tourismusausschuss am 24.09.2013:

Ausführungen zu den einzelnen Vorschlägen:

Konzerte (TOP 4 des Schülerparlamentes)

Aus der Diskussion ergeben sich folgende Vorschläge für den Tourismus-Service Fehmarn: Bewerben um Konzertveranstaltungen des NDR (Sommerkonzerte), Bewerben um den RSH-Kindertag, Veranstalten von Konzerten mit Künstlern aus den aktuellen Charts.

Hüpfburg (TOP 6 des Schülerparlamentes)

Aus der Diskussion ergibt sich der Auftrag an den Tourismus-Service Fehmarn, zur übernächsten Sitzung ein Konzept zu dem Thema vorzulegen. Dabei sollen die Facetten der Idee, wie z.B. Betrieb einer solchen Anlage durch den TSF oder durch einen privaten Betreiber, Größe, Art und Umfang der Anlage, Sprungmöglichkeiten etc. beleuchtet werden.

Seebrücke (TOP 12 des Schülerparlamentes)

Im Zuge der Freiraumplanung ist eine Seebrücke am Südstrand vorgesehen.

Wasserskianlage (TOP 35 des Schülerparlamentes)

Der Tourismus-Service Fehmarn ist bei einer Anfrage eines potenziellen Betreibers behilflich.

Bingo (TOP 36 des Schülerparlamentes)

In der Saison 2014 können in der Hauptsaison 2-3 Bingo-Abende eingeführt werden, um die Resonanz zu ermitteln. Danach wird entschieden, ob diese Veranstaltung weitergeführt wird.

Künstliche Welle (TOP 38 des Schülerparlamentes)

Herr Wiepcke kennt solche Anlagen bzw. größere Ausführungen davon. Er wird sich mit dem Thema näher beschäftigen und im übernächsten Ausschuss seine Rechercheergebnisse vorstellen.

Bungeejumping (TOP 40 des Schülerparlamentes)

Der Tourismus-Service Fehmarn erhält den Auftrag, z.B. für das nächste Hafen- und/oder Altstadtfest eine mobile Bungeejumpinganlage zu organisieren bzw. sich darum zu bemühen, eine entsprechende Anlage zu solchen Festen nach Fehmarn zu holen.

Sprungturm (TOP 42 des Schülerparlamentes)

Zur übernächsten Sitzung des Tourismusausschusses soll ein Sachstandsbericht zur Realisierung eines Sprungturms in Burgtiefe vorgelegt werden.

Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und Soziales am 13.11.2013:

Ausführungen zu den einzelnen Vorschlägen:

Bessere Busverbindungen / mehr Schulbusse – TOP 1 und 2

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Kreis Ostholstein legt in der Schülerbeförderungssatzung den zumutbaren Schulweg (2 km für Grundschüler, 4 km für SuS bis zur 10. Klasse) und die zumutbare Wartezeit (60 - 90 Minuten) fest. Eine Beförderung nach jeder Unterrichtsstunde ist nicht vorgesehen. Der Einsatz der Schulbusse wird bedarfsgerecht mit der Autokraft geplant, wobei Stehplätze zulässig sind. Die Schülerbeförderung fällt in die Kompetenz des Kreises, die Kommune hat hier keinen Spielraum. Auf die mögliche Nutzung des Bürgerbusses speziell in Richtung Westen wird hingewiesen.

Kompetenz des Kreises Ostholstein– es ergeht kein Beschluss.

Schiebetafeln für die Inselschule – TOP 8

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Neubau der Inselschule befinden sich Whiteboards auf einem Schienensystem, die zwar nach links und rechts verschiebbar, nicht aber höhenverstellbar sind. Die mittlere Tafel ist extra hoch, da sie gleichzeitig als Projektionsfläche dient. Es handelt sich um ein flexibles Lernschienensystem, das bei der Ausstattung des Neubaus von der Schule favorisiert wurde. Ein Nachrüsten der vorhandenen Systeme ist lt. Fachfirma nicht möglich, das mittlere Schienensystem müsste ausgetauscht werden.

Ein erster Kostenvoranschlag für höhenverstellbare Tafeln (35 Stück) beläuft sich auf ca. 46.000,-- €; Haushaltsmittel sind hierfür aber nicht zurückgestellt worden. Zukünftig erscheinen weitere interaktive Tafeln sinnvoll.

Beschluss des Ausschusses für Kultur, Schule, Sport und Soziales:

Das vorhandene Lernschienensystem wird *zurzeit* nicht ersetzt.

Jugendsportförderung im Reiten und Fußball- TOP 26

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Ausrüstung der Mannschaften und das Stellen der Trainer obliegen der Jugendsportgemeinschaft (JSG). Die Jugendvertretungen können sich bei ihren Sportvereinen hinsichtlich der besseren Ausrüstung und der Trainer in den Sportvereinen einbringen. Die Stadt Fehmarn bezuschusst den Jugendsport zu 100 % (ca. 121.000,-- €) für gebührenfreie Nutzung der Sporthallen, Duschen, Umkleiden und Sportplätze. Dies ist in der Entgeltordnung so geregelt.

Die Ausweitung von Reitwegen könnte der Verein der Fehmarn-Wege-GmbH antragen, falls dies nicht schon geschehen ist. Größere Außenanlagen und Reitplätze sind Ver-einssache, wobei die Förderung mit öff. Mitteln, siehe Tribüne, möglich ist.

Beschluss des Ausschusses für Kultur, Schule, Sport und Soziales:

Die Stadt unterstützt den gesamten Jugendsport auf Fehmarn mit der gebührenfreien Nutzung aller Sportstätten. Die fachliche Organisation obliegt den Vereinen. Eine gezielte, dauerhafte Förderung einzelner Sparten ist nicht geplant.

Mensaessen in der Schule – TOP 41

Stellungnahme der Verwaltung:

Der ÖPP-Vertrag und die dazu ergangene Funktionalbeschreibung sehen ein Kündigungsrecht für das warme Mittagessen unter 120 Mittagessen vor. Vor den Sommerferien wurden deutlich unter 50 Mittagessen pro Tag ausgegeben, so dass der Caterer den Vertrag mit der Fa. Goldbeck gekündigt hat.

Die derzeitigen Angebote warmer Mahlzeiten sind insofern Zugeständnisse des aktuellen Caterers. Die Schule ist durch die Schulleitung, Elternvertretung und Schülervvertretung in die regelmäßigen Gespräche mit dem Caterer und der Fa. Goldbeck eingebunden.

Vertragliche Regelung – es ergeht kein Beschluss.

Bau- und Umweltausschuss am 26.11.2013:

Ausführungen zu den einzelnen Vorschlägen:

Mehr Reitwege auf Fehmarn – TOP 37

Das Thema Reitwege wurde bereits im Frühjahr dieses Jahres im Tourismusausschuss diskutiert. Daraufhin hat der Tourismusservice Fehmarn im Sommer einige Akteure (Bauausschussvorsitzenden, Fehmarn Wege, Stadtplanung) zu einer Besprechung geladen. Das Thema Reitwege wurde erörtert und zunächst der Vorschlag gemacht ein Reitwegekonzept zu erarbeiten. Die Reitvereine Fehmarns wurden angesprochen und aufgefordert, die von den Reitern bereits genutzten Wege in eine Karte ein zu tragen. Diese Grundlagenarbeit durch die Vereine und Reiterhöfe auf der Insel ist fast abgeschlossen. Als nächsten Schritt wird die Stadtplanung mit Hilfe der Angaben durch die Reitvereine und Reiterhöfe ein Reitwegekonzept erstellen. Für die Umsetzung des Reitwegekonzeptes wird die Initiative von Fehmarn Wege, die erfolgreich viele Radwege auf der Insel errichtet hat, ins Auge gefasst.

Eröffnung eines Subway-Restaurants – Top 29

Einkaufszentren, bestimmte Kaufhausketten oder andere spezielle Geschäftsbereiche werden privatwirtschaftlich betrieben. Der Stadt selbst ist es nicht erlaubt so etwas zu betreiben. Sie könnte lediglich planerisch dafür die Weichen stellen. Es bedarf dann immer einer/s privaten Geschäftsfrau/mannes, die/ der das Projekt dann umsetzt.

Die genannten Firmen siedeln sich nur in Städten mit einer bestimmten Einwohnerzahl an. Dafür ist Fehmarn zu klein.

Blumenpark auf Fehmarn – TOP 28

Auf Fehmarn gibt es bereits mehrere öffentliche Grünflächen. In Burg sind als größere Grünflächen der Stadtpark und die Parkanlage im rückwärtigen Bereich vom Senator-Thomsen-Haus zu nennen.

Aus Kostengründen werden auf Fehmarn nur einige wenige Bereiche mit Blumen (Sommerblumen) bepflanzt.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Stadtplanung derartig viel Arbeitszeit mit der Bearbeitung von Bauleitplänen verbringt, dass für die Erarbeitung von Gestaltungs- und Bepflanzungsplänen nur wenig Zeit bleibt. Im Sommer 2013 wurden in der Burger Innenstadt Blumenampeln an die Straßenlaternen angebracht. Für Anfang des Jahres ist es vorgesehen, im Stadtpark Pflanzbeete zu planen und anzulegen.

Trinkbrunnen – TOP 27

Grundsätzlich ist die Idee klasse und sollte punktuell, z.B. im Bereich des Südstrandes, umgesetzt werden.

Fraglich ist jedoch, ob uns die Kommunalaufsichtsbehörde des Kreises Ostholstein bei unserer derzeitigen finanziellen Haushaltlage grünes Licht für diese „freiwillige“ investive Maßnahme geben würde. Der Vorschlag sollte jedoch bei den zukünftigen Südstrandplanungen berücksichtigt werden.

Mehr Schneeschieben auf den Straßen- TOP 31

Seit 2003 wird auf der Insel aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein eingeschränkter Winterdienst betrieben. Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht der Stadt Fehmarn werden alle stärker frequentierten Straßen vom Schnee geräumt; dieses beinhaltet die ständige Erreichbarkeit einer Ortschaft. Mit winterbedingten Einschränkungen ist jedoch stets zu rechnen. Mit den vorhandenen Personal- und Maschinenkapazitäten sowie den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln kann nicht mehr geleistet werden.

Eröffnung eines KFC – TOP 30

Einkaufszentren, bestimmte Kaufhausketten oder andere spezielle Geschäftsbereiche werden privatwirtschaftlich betrieben. Der Stadt selbst ist es nicht erlaubt so etwas zu betreiben. Sie könnte lediglich planerisch dafür die Weichen stellen. Es bedarf dann immer einer/s privaten Geschäftsfrau/mannes, die/ der das Projekt dann umsetzt. Die genannten Firmen siedeln sich nur in Städten mit einer bestimmten Einwohnerzahl an. Dafür ist Fehmarn zu klein.

Fahrradweg von Burg nach Vitzdorf – TOP 21

Bereits vor mehreren Jahren wurde beim Kreis Ostholstein beantragt, an allen Kreis- bzw. Landesstraßen Radwege einzurichten, weil das Radfahren dort zu gefährlich ist. Bisher ist eine entsprechende Umsetzung mangels finanzieller Mittel ausgeblieben.

Verbesserung der Radwege (Burg – Neue Tiefe) – TOP 3

Die Verwaltung und die politischen Gremien sind sich darüber bewusst, dass sich der westliche kombinierte Geh- und Radweg zwischen Burg und Neue Tiefe in einem sehr schlechten Zustand befindet. Sofern ausreichend Unterhaltungsmittel zur Verfügung stehen, soll gemäß Empfehlung des Arbeitskreises Straßenbau & Kernwegenetz die Baumaßnahme in 2015 umgesetzt werden.

Die vorhandene Straßenbeleuchtung wird nach der Umrüstung auf LED als ausreichend angesehen; eine zusätzliche Ausleuchtung der beiden kombinierten Geh- und Radwege ist mittelfristig finanziell nicht umsetzbar.

Beschluss a) des Bau- und Umweltausschusses:

- Die Ausführungen zu den Beschlüssen des Schülerparlamentes werden zur Kenntnis genommen. Das Schülerparlament soll eine Nachricht erhalten.
- Es soll geprüft werden, in den Schulen Trinkbrunnen aufzustellen.

Beschluss b) des Bau- und Umweltausschusses:

Die Fehmarn Wege GmbH soll sich damit beschäftigen, weitere Fahrradwege auf Fehmarn zu errichten; wenn möglich auch die Strecke Burg-Vitzdorf.

Folgende TOP`s wurden nicht in den Ausschüssen behandelt:

TOP 23 – Fehmarnsundbrückenführungen wieder einführen

Hier liegt die Zuständigkeit bei der BahnAG. Die Schülerschaft möchte dies bitte direkt dort anregen.

TOP 18 – Hundepark

Bau und Betrieb eines Hundeparks sind keine öffentliche Aufgabe. Damit scheidet die Realisierung eines solchen Projekts durch die Stadt Fehmarn aus. Planungsrechtlich könnte ein solches Projekt im unbeplanten Innenbereich (sofern dort ein WA-Charakter besteht) ausnahmsweise als nicht störender Gewerbebetrieb zulässig sein. Als Sportstätte könnte er sogar allgemein zulässig sein.

Sofern die Interessenten ein Grundstück im Auge haben, bieten wir gerne eine Beratung an.

TOP 10 – Tierheim auf Fehmarn

Das im Kreisnorden „erforderliche“ Tierheim steht in Lübbersdorf und wird von der Stadt mit bezahlt. Ein privater Interessent für die Errichtung auf Fehmarn ist nicht bekannt.

Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn fasst folgenden Gesamtbeschluss:

Ohne weitere Aussprache ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die Ausführungen und Beschlüsse der Fachausschüsse zu den Vorschlägen des Schülerparlamentes werden bestätigt. Das Schülerparlament soll über die Ergebnisse in geeigneter Form informiert werden.

Beratungsergebnis:

< 22 > Ja – Stimmen (einstimmig)

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9.

6. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Fehmarn

hier: Stellvertretung durch bürgerliche Mitglieder im Ausschuss

Vortrag gemäß Vorlage HA 008-2013

Sachverhalt:

Gem. § 46 Abs. 3 Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) können, wenn die Hauptsatzung dies bestimmt, neben Stadtvertretern/-innen auch andere Bürgerinnen und Bürger zu Mitgliedern von Ausschüssen gewählt werden, wenn ihre Zahl die der Stadtvertreter/-innen im Ausschuss nicht erreicht.

Diese Wahlmöglichkeit ist in der Stadt Fehmarn gegeben. Dazu heißt es im § 5 Abs.2 der Hauptsatzung der Stadt Fehmarn:

„In die Ausschüsse b) bis f) können Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Stadtvertretung angehören können; ihre Zahl darf die der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter im Ausschuss nicht erreichen“.

Die Stadt Fehmarn hat auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gem. § 46 Abs. 4 GO, stellvertretende Mitglieder in die Ausschüsse zu wählen. So wurden auch bürgerliche Mitglieder als stellvertretende Ausschussmitglieder benannt und gewählt. Diese Möglichkeit der Stellvertretung bedarf jedoch einer entsprechenden Hauptsatzungsregelung, die bisher fehlt.

Es ist nunmehr notwendig, den § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung (Ständige Ausschüsse) entsprechend zu ergänzen. Nachfolgender 2. Satz wird angefügt:

„Zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern können auch Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Stadtvertretung angehören können“.

Aussprache:

Nach kurzer Einführung von Stadtvertreterin Maaß ergeht ohne weitere Aussprache nachfolgender

Beschluss:

Die in der Anlage aufgeführte 6. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Fehmarn wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

< 22 > Ja- Stimmen (einstimmig)

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10.

Satzung der Stadt Fehmarn über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung und den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenbaubeitragssatzung)

Vortrag gemäß Vorlage Fi 015-2013

Sachverhalt

Die Satzung der Stadt Fehmarn über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung und den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenbaubeitragssatzung) vom 16.06.2008 bedarf aus Gründen der Klarstellung und Rechtssicherheit einiger Ergänzungen, Änderungen bzw. Anpassungen an die tatsächlichen Gegebenheiten und zwischenzeitlich erfolgte Rechtsprechung.

Zur Abarbeitung von vorliegenden Widersprüchen und anhängigen Klageverfahren wird nach einem Erörterungsgespräch mit dem Beratungsunternehmen Gekom GmbH und einem Rechtsanwalt eine Satzungsänderung noch in diesem Jahr empfohlen. Eine Aufschiebung der Beschlussfassung über die Satzungsänderung bis zur ersten Sitzungsrunde 2014 -wie ursprünglich vorgesehen- erscheint daher nicht angezeigt.

Inwieweit eine rückwirkende Satzungsänderung vorgenommen werden muss, wird noch bis zur Sitzung geklärt.

Die Gekom GmbH hat einen entsprechenden Satzungsentwurf ausgearbeitet.

Als Anlage ist eine Gegenüberstellung der bisherigen Satzungsregelungen mit der Neufassung beigefügt.

11. Änderung der Satzung über Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Fehmarn; 1. Nachtragssatzung

Vortrag gemäß Vorlage Fi 012-2013

Die Zweitwohnungssteuer bemisst sich nach dem jeweiligen Jahresmietwert einer Wohnung. Dieser fiktive Mietwert entspricht nicht einer Marktmiete, sondern stellt vielmehr einen steuerrechtlichen Rechenwert dar.

Um einen plausiblen Wahrscheinlichkeitsmaßstab zu erhalten, wird die auf den 01.01.1964 im Rahmen der Feststellung des Einheitswertes für die jeweilige Wohnung vom Finanzamt Ostholstein ermittelte Jahresrohmiete auf die Wertverhältnisse des Kalenderjahres hochgerechnet, das dem jeweiligen Erhebungszeitraum vorausgeht (Indexierung).

Für die Berechnung des Hochrechnungsfaktors muss auf zwei verschiedene Indexreihen des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen werden (ehem. Bundesgebiet und Gesamtdeutschland), die miteinander verkettet werden.

Ausgangspunkt für die Berechnung ist das Jahr 1964 mit dem Indexstand 29,5 (Basisjahr 1991=100) auf der Basis des Teilindex Wohnungsmiete inkl. Nebenkosten des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet, auf das sich die vom Finanzamt festgestellte Jahresrohmiete bezieht. Dieser Teilindex Wohnungsmiete wird bis zum Januar 1995 verwendet (Indexstand Januar 1995=119,2, Basisjahr 1991=100). Der aus der Division der beiden Indexstände entstehende, gleichbleibende Teilfaktor 1 i.H.v. 4,04068 beschreibt somit die Veränderung des Teilindex für den Zeitraum 1964 bis Januar 1995.

Ab Januar 1995 wird an Stelle des Teilindex Wohnungsmiete inkl. Nebenkosten nun auf den Preisindex für die Nettokaltmiete zurückgegriffen werden. Die Veränderung des Preisindex von Januar 1995 bis zum September des dem Erhebungsjahr vorangehenden Jahres wird daher mit dem sich jährlich ändernden Teilfaktor 2 beschrieben.

Die beiden Teilfaktoren werden durch Multiplikation zu einem kombinierten Wert zusammengesetzt und auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet.

Schließlich wird die Jahresrohmiete mit diesem kombinierten Wert hochgerechnet.

Aufgrund einer Umstellung des Basisjahres vom Jahr 2005 auf das Jahr 2010 beim Statistischen Bundesamt ist zur korrekten Ermittlung des Teilfaktors 2 eine Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung notwendig. Wesentliche Mehreinnahmen sind damit nicht verbunden.

Es wird vorgeschlagen, den Erlass der anliegenden ersten Nachtragssatzung zu beschließen, damit die Zweitwohnungssteuer auch zukünftig rechtlich einwandfrei erhoben werden kann.

Da im Zuge der Haushaltsberatungen in der Sitzung des Finanzausschusses am 14.11.2013 eine Anhebung der Hebesätze bei der Grundsteuer andiskutiert wurde, wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass bei der Zweitwohnungssteuer die letzte Änderung des Steuersatzes zum 01.01.2009 vorgenommen wurde (von 10,5 auf 11,5 %). Diese Anhebung des Steuersatzes wurde seinerzeit vorgenommen, da die Ein-

führung der Verfügbarkeitsgrade (55 %, 72 %, 100 %) eine Verringerung der Erträge zur Folge gehabt hätte.

In den Hinweisen des Innenministeriums zur Ausschöpfung von Ertrags- und Zahlungsquellen wird bei der Zweitwohnungssteuer ein Steuersatz von mindestens 12 % genannt.

Aussprache:

Stadtvertreter Ehlers berichtet aus den Beratungen im Finanzausschuss. Dort wurde die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, einstimmig empfohlen.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die erste Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Fehmarn wird in der vorgelegten Fassung mit einer Erhöhung des Steuersatzes von 11,5 % auf 12 % beschlossen.

Beratungsergebnis:

Gremium

Stadtvertretung Fehmarn

Sitzung am

| 19.12.2013

TOP

| 11 |

< 22 > Ja-Stimmen (einstimmig)

12. Eilentscheidung Bürgermeister i. S. Stromlieferung Straßenbeleuchtung

Bürgermeister Schmiedt teilt mit, dass der Erste Stadtrat Weber in der Urlaubsvertretung eine Eilentscheidung getroffen habe. So wurde ein Stromlieferungspaket für die Straßenbeleuchtung in Auftrag gegeben um so eine Einsparung in Höhe von ca. 14.000,-- Euro zu erzielen.

Ein Beschluss ist in dieser Angelegenheit nicht notwendig.

13. Veränderung von Ansprüchen

Vortrag gemäß Vorlage Fi 013-2013

Sachverhalt

Mit Bescheid vom 02.03.2012 wurde die steuerpflichtige Gesellschaft zur Zahlung der Gewerbesteuer (GewSt) 2005-2009 und die Vorauszahlung 2012 in Höhe von insgesamt 26.211,98 € sowie der entsprechenden Nachzahlungszinsen in Höhe von insgesamt 5.365,00 € veranlagt. Mit Bescheid vom 10.01.2013 erfolgte die Veranlagung zur GewSt 2010 in Höhe von 2.744,35 €

und Nachzahlungszinsen 121,00 € und mit Bescheid vom 07.08.2013 zur GewSt in Höhe von 2011 2.821,61 € sowie zu 56,00 € Nachzahlungszinsen.

Zusammen mit den entstandenen Säumniszuschlägen in Höhe von 3.586,50 € und den 331,50 € Mahngebühren beläuft sich die Forderung der Stadt Fehmarn gegen die Steuerpflichtige derzeit auf 41.485,94 €.

Bisher konnte die Forderung der Stadt Fehmarn auch nicht gegen den Geschäftsführer vollstreckt werden. Nach Auskunft der Stadt Kiel bestehen von anderer Seite vorrangige beizutreibende Forderungen.

Forderungen der Stadt Fehmarn können niedergeschlagen werden, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruches stehen.

Aufgrund der derzeitigen Situation ist in absehbarer Zeit nicht mit einer Zahlung zu rechnen. Auch sollte das Mahn- und Vollstreckungsverfahren nicht fortgesetzt werden um weitere Kosten zu vermeiden. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, die Forderung bis zum 01.06.2016 befristet niederschlagen und anschließend die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft bzw. der Gesellschafter erneut zu prüfen.

Durch den Versuch der Beitreibung der Forderungen im Jahr 2013 wurde die Verjährung gem. § 231 I AO unterbrochen. Neuer Verjährungstermin nach § 231 III AO: 31.12.2018.

Gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 11 i.V.m. § 8 Abs. 2 Nr. 2 Hauptsatzung der Stadt Fehmarn entscheidet die Stadtvertretung über die Niederschlagung von Forderungen, die einen Wert von 25.000 € überbersteigen.

Aussprache:

Stadtvertreter Herkommer berichtet über die Beratungen im Finanzausschuss.

Anschließend ergeht ohne weitere Aussprache nachfolgender

Beschluss:

Die Forderungen aus	
der Gewerbesteuer für die Jahre 2005 – 2012	32.025,94 €
Nachzahlungszinsen für die Jahre 2005-2012	5.542,00 €
Säumniszuschlägen	3.586,50 €
<u>Mahngebühren</u>	<u>331,50 €</u>
insgesamt	<u>41.485,94€</u>

werden bis zum 01.06.2016 niedergeschlagen.

Ab diesem Termin hat eine erneute Überprüfung der finanziellen Situation der Steuerpflichtigen zu erfolgen und ggf. die Beitreibung der Forderungen fortgeführt zu werden.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	TOP
Stadtvertretung	 19.12.2013 	 13
<hr/>		
< 22 > Ja-Stimmen (einstimmig)		

14. Beteiligung der Stadt Fehmarn am Windkraftprojekt Presen-Burgstaaken

Vortrag gemäß Vorlage Fi 014-2013

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklären sich Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes, sowie die Stadtvertreter Ehlers, Mackeprang und Thomsen für befangen.

Bevor Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes den Sitzungssaal verlässt, teilt sie mit, dass es den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Windkraft“, diese legitimiert durch den Auftrag der Stadtvertretung nicht klar war, dass eine GmbH entstehen würde. Sie fragt nach, ob es bei der bisherigen Legitimierung bleiben soll. Nachdem diese Frage vom Gremium bejaht wird, verlässt auch Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes den Sitzungssaal.

Sachverhalt

Mit der Ausweisung des neuen Windparks entlang der E47 und dem Windkraftprojekt Presen-Burgstaaken war angedacht, dass neben einer Bürgerbeteiligung auch eine Beteiligung der Stadt Fehmarn an der in diesem Zusammenhang neu zu gründenden Bürgergesellschaft erfolgen sollte.

Zu dieser Thematik hat am 05.09.2013 eine interfraktionelle Informationsveranstaltung stattgefunden, bei der von einem Steuerberater ausführlich über das Projekt informiert wurde (u.a. vertragliche und gesellschaftsrechtliche Gestaltung des Windparks, mögliche Rechtsformen der Bürgergesellschaft, Umsetzung des Beteiligungsverfahrens, Einbindung der Stadt Fehmarn).

Zur Begleitung des Verfahrens und zur laufenden Information der Politik wurde nach Abstimmung in den Fraktionen eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Bei der Arbeitsgruppe handelt es sich nicht um eine offizielle Arbeitsgruppe der Stadt, daher ist auch kein Vertreter der Stadtverwaltung beteiligt.

In den bisherigen Überlegungen war vorgesehen, dass sich die Stadt Fehmarn im Rahmen des Windkraftprojektes direkt an der neu zu gründenden Bürgergesellschaft (GmbH, GmbH & Co.KG oder Genossenschaft) beteiligt und damit Gesellschafterin wird. Dabei sollte die städtische - nicht mehr funktionsfähige - Windkraftanlage (HSW 250) bzw. das aus dem Abbau dieser Anlage bestehende Recht auf Repowering in das Projekt eingebracht werden. Zusätzlich war eine finanzielle Beteiligung in Form einer Eigenkapitaleinlage in Höhe von ca. 1 Mio. Euro (bei ca. 9 Mio. Euro Investitionen für 2 Windkraftanlagen, 30 % Eigenkapitalquote, 1/3-Beteiligung Stadt) vorgesehen.

Nach einer Abstimmung mit der Kommunalaufsicht und dem Gemeindeprüfungsamt wäre eine Beteiligung der Stadt Fehmarn an einer Bürgergesellschaft in der vorgesehenen Form aufgrund der aktuell gültigen Regelungen der Gemeindeordnung zur wirtschaftlichen Beteiligung von Kommunen nicht zulässig. Die Kommunalaufsicht würde einem Beschluss über eine entsprechende Beteiligung daher widersprechen. Dabei wird die Auffassung der Kommunalaufsicht insbesondere auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in einem vergleichbaren Fall gestützt, durch das ein Widerspruch der zuständigen Kommunalaufsicht gegen einen Beschluss einer Kommune zu einer vergleichbaren Gesellschaftsbeteiligung bestätigt wurde.

Im Falle der Gründung einer Genossenschaft käme noch erschwerend die Problematik des geringen Einflusses der Stadt innerhalb der Genossenschaft hinzu.

Da eine Gesellschaftsbeteiligung in der bislang vorgesehenen Form derzeit nicht zulässig erscheint, sollte darüber beraten werden, ob und ggfs. inwieweit eine Unterstützung des Windkraftprojektes bzw. der in diesem Projekt vorgesehenen Bürgerbeteiligung erfolgen soll bzw. möglich ist. Hierbei käme z.B. eine Übertragung bzw. ein Verkauf o.ä. der alten städteigenen Windkraftanlage bzw. des entsprechenden Repoweringrechts an die Bürgergesellschaft in Frage.

Die städtische Windkraftanlage ist zwischenzeitlich abgeschrieben und hat somit keinen Restbuchwert mehr. Es bleibt daher die Frage, welchen Wert das Repoweringrecht darstellt (evtl. durch Verkauf der Anlage oder Einbringen der Anlage in ein Repoweringprojekt).

Die Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung Windkraft hat nach Abstimmung mit der Kämmerei nunmehr der Stadt ein Angebot unterbreitet und um eine Grundsatzentscheidung in dieser Angelegenheit gebeten, damit das Projekt zügig und konstruktiv weiter vorangerieben werden kann.

Dabei wird um eine grundsätzliche Beschlussfassung gebeten, dass die von der Projektgesellschaft angebotene Windkraftleistung in Form einer Bürgerbeteiligung für alle Fehmaraner gleichmäßig zugänglich gemacht wird und dass das Repoweringrecht für die städtische Windkraftanlage ebenfalls in Form einer Bürgerbeteiligung umgesetzt wird.

Hierfür soll die Stadt von der Bürgergesellschaft / Bürgergenossenschaft einen jährlichen Ergebnisanteil von 1/3 (Bezugsgröße: Leistung z.Z. 1 Megawatt/festgestelltes Jahresergebnis) erhalten. In Gesprächen soll eine wirtschaftlich optimierte Lösung erarbeitet werden, in welcher Form diese wiederkehrende ergebnisabhängige Zahlung gestaltet wird.

Von der Arbeitsgruppe wurde eine Ergebnisprognose vorgelegt, aus der sich die prognostizierten Ergebnisse bei unterschiedlichen Einspeisevergütungen für verschiedene Laufzeiten ergeben.

Dabei wurde die Ergebnisprognose auf der Grundlage aktueller und möglicher geänderter Rahmenbedingungen erstellt. Da aufgrund der aktuellen politischen Diskussion zur EEG-Vergütung eine exakte Prognose zur zukünftigen Energieeinspeisevergütung nicht getroffen werden kann, kann auch keine verbindliche Aussage über die exakten Erträge für die Stadt getroffen werden.

Auf der Grundlage der vorgelegten Ergebnisprognose wäre für die der Stadt zuzurechnende Nennleistung von 1 MW mit jährlichen Erträgen für den städtischen Haushalt von unter 10 TEUR zu rechnen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Stadt bei dieser Konstruktion nur ein sehr geringes wirtschaftliches Risiko zu tragen hätte. Sollten sich die Jahresergebnisse der Gesellschaft schlechter darstellen als prognostiziert, so könnte es lediglich zu einer geringeren bzw. zu keiner Ergebnisbeteiligung für die Stadt kommen.

Die vertraglichen Regelungen wären noch mit der Bürgergesellschaft abzustimmen.

Aussprache:

Stadtvertreter Herkommer berichtet aus den Beratungen im Finanzausschuss.

Nach einer ausführlichen Diskussion des Gremiums, insbesondere über die Höhe des als Ausgleich zu zahlenden städtischen Anteils am positiven Jahresergebnis der Bürgergesellschaft für die Übertragung des Repoweringrechtes für die städtische Windkraftanlage, ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die von der Projektgesellschaft angebotene Windkraftleistung soll insgesamt in Form einer Bürgerbeteiligung zugänglich gemacht werden.

Das Repoweringrecht für die städtische Windkraftanlage soll in Form einer Bürgerbeteiligung umgesetzt werden. Dabei soll das aus der städtischen Windkraftanlage resultierende Repoweringrecht an die im Zuge des Winkraftprojektes Presen-Burgstaaken noch zu gründende Bürgergesellschaft übertragen bzw. verkauft o.ä. werden.

Für die Übertragung des Rechts soll die Stadt von der Bürgergesellschaft einen jährlichen Anteil vom positiven Jahresergebnis der Bürgergesellschaft von 1/3 (Bezugsgröße Leistung z.Zt. 1 Megawatt / festgestelltes Jahresergebnis) erhalten.

Die vertraglichen Regelungen sind zwischen der Stadtverwaltung und der Bürgergesellschaft noch abzustimmen. Dabei soll eine wirtschaftlich optimierte Lösung erarbeitet werden, in welcher Form diese wiederkehrende ergebnisabhängige Zahlung an den städtischen Haushalt gestaltet wird.

Beratungsergebnis:

**Gremium
Stadtvertretung**

**Sitzung am TOP
I 19.12.2013 | 14 |**

< 16 > Ja

< 1 > Nein

< 1 > Enthaltung

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren folgende Stadtvertreter/in Frau Stodt-Kirchholtes, die Herren Ehlers, Mackeprang und Thomsen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend.

Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes sowie die Stadtvertreter Ehlers, Mackeprang und Thomsen betreten nach den Beratungen wieder den Sitzungssaal; ihnen wird das Abstimmungsergebnis mitgeteilt.

15. Bürgerhaushalt 2014 Beratung und Beschlussfassung über die Vorschläge

Vorschlag: Grundsteuer A erhöhen für die Straßenunterhaltung

Vortrag gemäß Vorlage Fi 005-2013

Vorbemerkung

Nachdem die Bürger der Stadt Fehmarn im Rahmen der Vorschlagsphase des Bürgerhaushaltes Vorschläge einreichen konnten und in der Bewertungsphase die eingereichten Vorschläge bewerten konnten, steht nunmehr die Dokumentationsphase sowie die Beratung und Beschlussfassung über die Vorschläge an.

Die Vorschläge, für die eine Mehrheit im Rahmen der Bewertungsphase positiv abgestimmt hat, werden in der Dokumentationsphase von der Stadtverwaltung auf ihre (tatsächliche und rechtliche) Umsetzbarkeit, ihre Wirkung auf den städtischen Haushalt usw. geprüft. Die positiv bewerteten Vorschläge, die von der Verwaltung als umsetzbar eingestuft wurden, werden den politischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt. Dabei werden die Vorschläge in den jeweils zuständigen Fachbereichen bearbeitet und in den jeweiligen Fachausschüssen beraten. Nicht umsetzbare (tatsächlich oder rechtlich) Vorschläge fallen im Rahmen der Dokumentationsphase aus dem Verfahren. Vorschläge, die nicht den Vorgaben des Bürgerhaushaltes entsprechen, werden ebenfalls zu diesem Zeitpunkt aus dem Verfahren genommen (sofern dies nicht schon im Rahmen der Vorschlagsphase geschehen ist). Diese Vorschläge werden den Gremien zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgelegt. Die aus dem Verfahren genommenen Vorschläge werden im Rahmen der Rechenschaftsphase (ab Januar 2014) in einem Bericht aufgeführt. Dabei erfolgt eine Begründung, warum der jeweilige Vorschlag aus dem Verfahren genommen wurde.

Für jeden Vorschlag wurde eine Stellungnahme des zuständigen Fachbereiches zur weiteren Beratung im Ausschuss bzw. in der Stadtvertretung erstellt.

Da es sich um Vorschläge der Bürger handelt, wird grds. auf die Formulierung eines Beschlussvorschlages der Verwaltung verzichtet. Sofern zu einem Vorschlag im Ausschuss ein Beschluss gefasst werden soll, müsste jeweils ein entsprechender Antrag in der Sitzung gestellt werden.

Sachverhalt

Titel des Vorschlages:	Grundsteuer A erhöhen für Straßenunterhaltung
Kurzbeschreibung:	Die Grundsteuer A sollte erhöht werden, befristet für fünf Jahre und zweckgebunden für die Unterhaltung der Gemeindestraßen. Den neuen Hebesatz möge die Stadtvertretung festlegen. Sachgerecht wären mindestens 400 %.
Erläuterungen des Vorschlagenden:	Die größten Schäden an den Gemeindestraßen werden von den schweren landwirtschaftlichen Fahrzeugen verursacht. Die Gemeindestraßen waren und sind dafür nicht ausgelegt. Deshalb ist es gerechtfertigt, die Haupt-Verursacher zu einem Teil an den Instandsetzungskosten zu beteiligen. Das OVG Lüneburg hat in einem Verfahren die Rechtmäßigkeit der Erhöhung der Grundsteuer A zu diesem

	Zweck bestätigt.
Gegenfinanzierung:	- entfällt -
Kategorie:	Öffentliche Finanzen
Bewertung:	1 Pro / 0 Neutral / 0 Kontra
Stellungnahme der Verwaltung:	<p>Der Vorschlag wurde auch beim Bürgerhaushalt 2013 eingebracht; seinerzeit mit einem Hebsatz von 500 %.</p> <p>Die Stadtvertretung hatte den Vorschlag am 13.12.2012 abgelehnt.</p> <p>Die Erträge aus der Grundsteuer A betragen im Haushaltsjahr 2013 derzeit 438 TEUR.</p> <p>Im Haushaltsplan 2013 ist im Produkt 54101 (Gemeindestraßen) eine Unterdeckung von 1,745 Mio. Euro ausgewiesen (u.a. Unterhaltung, Bewirtschaftung, Bauhofleistungen, Abschreibungen) eingeplant. Der reinen Straßenunterhaltung sind dabei 480 TEUR zuzüglich 891 TEUR Bauhofleistungen zuzuordnen.</p> <p>Bezüglich der Verursachung der Straßenschäden und der Frage, welche Nutzergruppe Hauptverursacher ist, kann keine belastbare Aussage aufgrund von nachvollziehbaren Fakten getroffen werden, welcher Anteil der Gesamtaufwendungen für die Unterhaltung der Gemeindestraßen der Beseitigung von Straßenschäden zuzuordnen ist, die durch den landwirtschaftlichen Verkehr verursacht wurden.</p> <p>Im Fall des angesprochenen Urteils des VG Lüneburg, hatte die Gemeinde die Straßenausbaubeitragsatzung aufgehoben und stattdessen den Ausbau der Straßen durch die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B finanziert. Grundsätzlich sollten solche investiven Maßnahmen durch (Straßenbau-)Beiträge finanziert werden.</p> <p>Zur Finanzierung der Aufwendungen für Unterhaltungsmaßnahmen können keine Beiträge von den Anliegern erhoben werden.</p> <p>Den Kommunen stehen zur Finanzierung von Aufwendungen für Unterhaltungsmaßnahmen neben Gebühren und Entgelten die kommunalen Steuern (u.a. Grundsteuer, Gewerbesteuer) zur Verfügung.</p> <p>Der Charakter von Steuern (Geldleistung ohne Anspruch auf Gegenleistung) verbietet jedoch eine Zweckbindung (hier für Unterhaltungsaufwendungen für Straßen).</p> <p>Eine politische Absichtserklärung zur Nutzung der Mehrerträge aus der Grundsteuer ausschließlich zur Finanzierung von Aufwendungen</p>

für die Straßenunterhaltung ist zwar möglich, hätte aber keine haushaltsrechtlichen Folgen.

Da die Hebesätze der Grundsteuer jährlich in der Haushaltssatzung festgelegt werden, würde auch der Beschluss über eine zeitliche Befristung nur eine politische Absichtserklärung ohne jegliche Rechtsfolge darstellen.

Finanzielle Auswirkung: Bei einer Erhöhung des Hebesatzes von 350 % auf 400 %: jährlich ca. 62 TEUR Mehrerträge bei der Grundsteuer A.

Aussprache:

Nachdem Stadtvertreter Ehlers über die Beratungen im Finanzausschuss berichtet hat, wird die Vorlage im Detail zur Kenntnis genommen. Ein Beschluss ist in dieser Angelegenheit nicht zu treffen.

Stadtvertreterin Unger bittet anschließend die Hintergründe des Vorschlages dennoch „nicht aus den Augen zu verlieren“. Auch erinnert sie in diesem Zusammenhang an das notwendige Kernwegnetz der Stadt Fehmarn.

16. Wirtschaftsplan 2014 der Stadtwerke Fehmarn

Vortrag gemäß Vorlage SWHA 008-2013 die Anlage zum Originalprotokoll ist.

Aussprache:

Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes berichtet aus den Beratungen im Stadtwerke- und Hafenausschuss. Anschließend ergeht ohne weitere Aussprache nachfolgender

Beschluss:

Dem in der Anlage beigefügtem Wirtschaftsplan 2014 der Stadtwerke Fehmarn wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

< 22 > Ja-Stimmen (einstimmig)

17. Wirtschaftsplan 2014 des Tourismus-Service Fehmarn

Vortrag gemäß Vorlage TA 005-2013

Sachverhalt:

Der vorgelegte Wirtschaftsplan basiert auf dem Jahresabschluss 2012, den bisherigen Ergebnissen der Buchführung des Jahres 2013 und erkennbar gewordenen Änderungen.

Zur Sicherung des laufenden Geschäftsbetriebes müssen im Tourismus-Service Fehmarn im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bereits ab 01.01.2014 Saison- bzw. befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Die Personalkosten dafür sind im Erfolgsplan des vorgelegten Wirtschaftsplanes enthalten.

Aussprache:

Stadtvertreter Kölln berichtet als stellvertretender Ausschussvorsitzender des Tourismusausschusses über dessen Beratungen zum Thema. Danach ergeht ohne weitere Aussprache nachfolgender

Beschluss:

Der anliegende Wirtschaftsplan 2014 für den Tourismus-Service Fehmarn wird beschlossen. Der Tourismus-Service Fehmarn kann zur Sicherung des laufenden Geschäftsbetriebes im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung ab 01.01.2014 Arbeitsverträge abschließen, wenn die Personalkosten dafür im Erfolgsplan des vorgelegten Wirtschaftsplanes enthalten sind.

Beratungsergebnis:

< 22 > Ja-Stimmen (einstimmig)

18. Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014

- a) Investitionen**
- b) Ergebnisplan**
- c) Stellenplan**

Vortrag gemäß Vorlage Fi 008-2013

Sachverhalt

Der Vorlage (nur Finanzausschuss) sind beigefügt:

- zu a) Aufstellungen mit den angemeldeten Investitionen - jeweils nach Budgets/Fachbereiche und darunter nach Produkten - und eine Gesamtzusammenstellung der Investitionen mit der Berechnung des Kreditbedarfs
(„Zusammenstellung der Haushaltsanmeldungen für den investiven Bereich 2014“)
- zu b) die Budgets und Produkte des Ergebnisplans sowie ein (Gesamt-)Ergebnisplan für das Haushaltsjahr 2014
- zu c) der Stellenplan mit Anlagen wird nachgereicht

a) Investitionen

In den beigefügten Aufstellungen sind die Anmeldungen der Fachbereiche für die im Haushaltsjahr 2014 geplanten Auszahlungen für Investitionen aufgenommen. Hieraus resultieren für das Haus-

haltsjahr 2014 Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen von 6.488 TEUR und Einzahlungen von 890 TEUR.

Dabei ist nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsausführung 2013 beabsichtigt, 1.048 TEUR durch Auszahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2013 abzudecken. Hierzu ist es allerdings erforderlich, dass die entsprechenden Haushalts(auszahlungs-)ermächtigungen sowie die dazugehörenden Kreditermächtigungen auch übertragen werden.

Im Ergebnis verbleiben 5.440.200 Euro neu zu veranschlagende Investitionsauszahlungen, von denen 274 TEUR nicht über Kredite finanziert werden sollten. Somit besteht für 2014 ein zusätzlicher Kreditbedarf von 4.276.200 Euro (5.440.200 – 890.000 – 274.000).

Die einzelnen Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen und der sich daraus ergebene Kreditbedarf können der Anlage „Zusammenstellung der Haushaltsanmeldungen für den investiven Bereich 2014“ entnommen werden.

☞ Für die Folgejahre sind insgesamt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.622 TEUR.

Produkt 12201	322 TEUR	Neubau Obdachlosenunterkünfte Eschenweg; 3. BA
Produkt 54101	1.700 TEUR	Erschließung Gewerbegebiet Nordwest
Produkt 55202	600 TEUR	Westliche und nördliche Spundwand Hafen Burgstaaken

Zur Betrachtung der Liquiditätsslage - und somit zur Ermittlung des Kreditbedarfes - ist zu beachten, dass der Tilgungsbetrag für Finanzierungsleasing (274 TEUR) sowie der Betrag für Tilgungen von Investitionskrediten (480 TEUR) nicht über langfristige (Investitions-)Kredite zu finanzieren sind.

b) Ergebnisplan

Die ordentlichen Erträge sind mit 19.622.500 Euro angesetzt. Zu den ordentlichen Erträgen kommen die Finanzerträge von 4.200 Euro. Somit sind insgesamt Erträge von 19.626.700 Euro geplant.

Es sind insgesamt 464 TEUR höhere Erträge als im Vorjahr (19.162.700 TEUR) veranschlagt.

Die Erträge aus der Einkommens- und der Umsatzsteuer sind im Plan 2014 mit 4.240 TEUR um insgesamt 316 TEUR über dem Ansatz des Vorjahres.

Insgesamt sind die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben mit 14.783 TEUR im Plan um rd. 162 TEUR höher angesetzt als im Vorjahr. Dabei sind die Erträge aus der Gewerbesteuer mit 6.500 TEUR (Vorjahr 6.750 TEUR) angesetzt.

Die Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich fallen im Vergleich zum Vorjahr positiver aus. Die vorläufigen Schlüsselzuweisungen für 2014 sind mit 1.305 TEUR um 319 TEUR höher angesetzt als im Vorjahr (986 TEUR). Die Zuweisungen liegen im Jahr 2014 um 100 TEUR unter den Erträgen des Jahres 2012.

Bei den weiteren Erträgen wurden geringfügige Anpassungen vorgenommen.

Die Planansätze für die Erträge aus der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer wurden auf der Grundlage der mit der Haushaltssatzung 2013 festgesetzten Hebesätze (Grundsteuer A und B 350 %, Gewerbesteuer 360 %) berechnet. Eine Änderung bei den Hebesätzen würde zu veränderten Ansätzen führen.

Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Fehlbetragszuweisung werden nicht erfüllt.

Mindestvoraussetzung für die Beantragung von Fehlbetragszuweisungen ist die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A auf mindestens 360 % (ab 2015: 370 %), der Grundsteuer B auf mindestens 380 % (ab 2015: 390 %) sowie der Gewerbesteuer auf 360 % (ab 2015: 370 %).

Die weiteren Erträge aus kommunalen Steuern sowie Gebühren wurden auf der Grundlage der aktuell gültigen Satzungen kalkuliert.

Die im Rahmen der Beratungen zur Haushaltskonsolidierung von der Stadtvertretung beschlossenen Finanzrahmen wurden in der vom Finanzausschuss am 19.09.2013 geänderten Form in den Haushalt eingearbeitet. Der Finanzrahmen für die Stadtbücherei wurde dabei auf 74 TEUR erhöht, da die Personalkostensteigerung in diesem Bereich nicht aufgefangen werden kann.

Der Ansatz für den Verlustausgleich an den Tourismus-Service Fehmarn wurde entsprechend der Beschlussfassung der Stadtvertretung auf Null gesetzt. Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Kur- und Fremdenverkehrsabgabe wurde um 20 TEUR auf 570 TEUR erhöht; hier fehlt allerdings noch eine Abstimmung mit dem Ansatz im Wirtschaftsplan des Tourismus-Service Fehmarn.

Die ordentlichen Aufwendungen sind insgesamt mit 19.729 TEUR angesetzt. Hierzu kommen die Finanzaufwendungen von 1.016 TEUR. Somit sind in der Summe Aufwendungen von 20.745.200 Euro eingeplant. Im Haushaltsplan 2013 betrug die Summe der Aufwendungen noch 19.895 TEUR.

Die Steigerung der Summe der Aufwendungen resultiert u.a. aus Aufwendungen für die Kreisumlage (+ 406 TEUR), den Abschreibungen (+ 299 TEUR), den Personalaufwendungen (+ 189 TEUR). Dagegen fallen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen geringer aus (- 238 TEUR).

Die angesetzten Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie für das sonstige unbewegliche Vermögen sind im Plan 2014 mit 853 TEUR um 270 TEUR geringer eingeplant als im Haushalt 2013 (1.123 TEUR).

Die Aufwendungen für Zinsen sind mit 1.016 TEUR eingeplant. Wobei 545 TEUR dem Leasingvertrag Inselschule zuzurechnen sind und 470 TEUR den bestehenden bzw. geplanten Investitions- und Kassenkrediten. Damit sind die Zinsaufwendungen um 35 TEUR geringer eingeplant als noch im Vorjahr. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass aufgrund der positiven Einnahmesituation im Jahr 2012 und 2013 bislang auf eine Kreditaufnahme verzichtet werden konnte.

Der vorliegende Entwurf des Ergebnisplans für das Haushaltsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 1.118.500 (E 19.626.700 € - A 20.745.200 €) ab.

Die Ergebnisse der Budgets stellen sich wie folgt dar:

Budget	Plan-Ergebnis 2013	Plan-Ergebnis 2014	Veränderung
01 – Allgemeine Verwaltung	- 1.443.100	- 1.609.100	- 166.000
02 – Finanzen	9.160.000	9.316.400	+ 156.400
03 – Ordnung und Soziales	- 871.700	- 904.600	- 32.900
04 – Kinder, Jugend, Sport, Soziales, Schule	- 4.770.700	- 5.085.000	- 314.300
06 – Bauen und Häfen	- 2.806.600	- 2.836.200	- 29.600
Summe	- 732.100	- 1.118.500	- 386.400

Die mittelfristige Ergebnisplanung der Jahre 2015 bis 2017 wurde auf der Grundlage der Vorgaben des Haushaltserlasses sowie der örtlichen Gegebenheiten fortgeschrieben. Auf der Basis dieser Daten ist auch in den Folgejahren trotz steigender Erträge mit steigenden Jahresfehlbeträgen zu rechnen. Dabei wurden kontinuierliche Gewerbesteuererträge in Höhe von 6.500 TEUR angenommen.

Die Prognose der zukünftigen Jahresergebnisse macht deutlich, dass auch weiterhin intensive Haushaltskonsolidierungsbemühungen - insbesondere zur Reduzierung der Aufwendungen - angestellt werden müssen.

c) Stellenplan

Der Stellenplan wird kurzfristig nachgereicht.

Beschlussvorschlag Finanzausschuss 14.11.2013:

- a) Investitionen
 - Einzelbeschlüsse aus der Beratung -

- b) Ergebnisplan
 - Einzelbeschlüsse aus der Beratung -

- c) Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Nach der ersten Beratung über den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 in der Sitzung des Finanzausschusses am 14.11.2013 sollen auf der Grundlage der sich aus der Beratung ergebenden Ergebnisse aktualisierte Haushaltsunterlagen erstellt werden und dem Finanzausschuss am 05.12.2013 zur abschließenden Beratung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 vorgelegt werden. Falls der Umfang der Änderungen dies erfordert, wird eine ergänzende Verwaltungsvorlage zur Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2013 bzw. der Stadtvertretung am 19.12.2013 erstellt.

Aussprache:

Stadtvertreter Ehlers berichtet aus der ersten Sitzung des Finanzausschusses zur vorgenannten Thematik. Erwartet war eine Unterdeckung von ca. 1. Mio. Euro. Durch Einführung der Parkraumüberwachung am Südstrand ist eine Verbesserung um ca. eine halbe Mio. Euro zu erwarten. Im Gegenzug sind für Parkscheinautomaten Investitionen notwendig in einer Größenordnung von 120.000,-- Euro. Die CDU-Fraktion wird diesem Vorhaben zustimmen. Gleichwohl wird der Bürgermeister gebeten, die parkfreie Zeit in den Monaten November bis Februar beizubehalten.

Seitens der CDU-Fraktion wird beantragt, 850.000,-- Euro mit einem Sperrvermerk in den Haushalt 2014 einzustellen. Durch die Neuausrichtung des T-SF mit den entsprechenden Neueinstellungen entsteht ein deutlicher Raummehrbedarf. Am jetzigen Standort könne dieser Raumbedarf nur durch enorme Baumaßnahmen gedeckt werden. Hinzu komme, dass sich das jetzige Gebäude in einem baulich, wie energetisch, sehr schlechten Zustand befinde. Mit den 850.000,-- Euro könne das Gebäude der ehemaligen Baufirma Groth & Co in der Industriestraße erworben werden. Mit den dort befindlichen Gebäuden könne sowohl der Raumbedarf der T-SF Verwaltung als auch des Bauhofes des T-SF gedeckt werden.

Ebenso könnten die Stadtwerke Fehmarn und das Bauamt in der Industriestraße einen neuen zukunftsfähigen Standort finden. Zur Finanzierung könne das Gebäude in der Ohrtstraße veräußert werden. Stadtverwaltung sowie Fraktionsvorsitzende haben von diesem Antrag vorab Kenntnis erhalten.

Erster Stadtrat Weber führt aus, dass seitens der SPD-Fraktion die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, wie geschildert, mitgetragen werden könne.

Die von der CDU-Fraktion beantragte Ausweisung eines Betrages von 850.000,-- Euro für den Kauf des ehemaligen Groth-Geländes in der Industriestraße könne heute nicht zugestimmt werden. In der Angelegenheit gebe es deutlichen Beratungsbedarf in den dafür zuständigen Fachausschüssen.

Auch für die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Freie Wählervereinigung stehen die Aufnahme von weiteren 850.000,-- Euro in den städtischen Haushalt für den Kauf des ehemaligen Groth-Geländes heute nicht zur Diskussion.

Stadtvertreterin Unger teilt mit, dass sie dem Haushalt heute nicht zustimmen werde, da ihr die geplanten Aufwendungen für die Umgehungsstraße „schwer im Magen“ liegen

würden. Investitionen für den Tourismus-Service Fehmarn bezeichnet sie als notwendig, aber nicht in dem Maße wie von der CDU heute kurzfristig beantragt. Für Stadtvertreterin Unger sei das in Arbeit stehende Raumkonzept als Grundlage notwendig, um dann notwendige Entscheidungen treffen zu können.

Stadtvertreter Ehlers zieht nach diesen Stellungnahmen seinen Antrag zurück. Aber so hätte er wenigstens mal eine Diskussion „angestoßen“.

Bürgermeister Schmiedt bedankt sich für das konstruktive Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden am 16.12.2013 zur Thematik Parkraumbewirtschaftung. Er könne die Ausweitung der Parkgebühren im Bereich des Südstrandes verantworten. Die Parkgebühr werde auch im kommenden Jahr stabil gehalten. Des Weiteren werde er an der Beibehaltung der parkfreien Zeit von November bis Februar in der Innenstadt festhalten. Interessenten können zudem Jahresparkscheine erwerben.

Bürgermeister Schmiedt dankt der CDU-Fraktion für die Rücknahme ihres Antrages zum Kauf des Betriebsgeländes der ehemaligen Baufirma Groth & Co. Zudem führt er aus, dass bei einem Verkauf des Gebäudes in der Ohrtstraße die Rückzahlung öffentlicher Mittel heranstehen würde. Bürgermeister Schmiedt bittet die Entwicklung des Tourismus-Service Fehmarn weiter zu beobachten. Zusätzliche Kreditaufnahmen seien wohl auch nicht gegenüber der kommunalen Aufsichtsbehörde vertretbar gewesen. Bürgermeister Schmiedt führt abschließend aus, dass es ihn besonders freue, den Haushalt für das Jahr 2014 ohne Steuererhöhung beschließen zu lassen.

In diesem Zusammenhang bittet Stadtvertreter Herkommer im Bereich des Bediensteten Parkplatzes neben dem Verwaltungsgebäude in der Bahnhofstraße 5 zu prüfen, ob es möglich sei, 4 bis 5 Besucherparkplätze dauerhaft als solche auszuweisen.

Stadtvertreterin Dittmer befürchtet negative Auswirkungen, wenn neben einer Kurabgabe auch noch Parkgebühren erhoben werden.

Stadtvertreter Thomsen bedankt sich ausdrücklich bei Bürgermeister Schmiedt für die Einführung einer Parkgebühr im Bereich des Südstrandes.

Stadtvertreterin Maaß spricht sich nicht grundsätzlich gegen die Erhebung einer Parkgebühr am Südstrand aus, bezeichnet jedoch den jetzigen Zeitpunkt für die Umsetzung einer solchen als ungünstig. Eine teilweise Umsetzung des Master-Planes für den Südstrand wäre aus ihrer Sicht sinnvoller.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 mit den dazugehörigen Anlagen werden in der vorgelegten Fassung mit den sich aus der Beratung zum Haushalt 2014 ergebenden Änderungen beschlossen.

Beratungsergebnis:

Gremium		Sitzung am	TOP
Stadtvertretung		I 19.12.2013	I 18 I
17 > Ja	< 3 > Nein	< 2 >	Enthaltung

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

19. Widmung von öffentlichen Verkehrsanlagen

Vortrag gemäß Vorlage Fi 016-2013

Sachverhalt:

Bei einer anlassbezogenen Prüfung ist gelegentlich festzustellen, dass einzelne Straßen, die tatsächlich dem öffentlichen Verkehr dienen und dies auch seit jeher taten, bisher nicht im Sinne von § 6 Straßen- und Wegegesetz Schleswig – Holstein (StrWG) - förmlich - öffentlich gewidmet worden sind.

Diese Feststellung war bisher in den meisten Fällen unproblematisch, da nach der seit dem Jahr 2003 in Schleswig – Holstein geltenden Rechtslage im Regelfall § 57 Absatz 3 StrWG zur Anwendung kam. Demnach konnte für ältere Straßen oftmals ermittelt werden, dass diese seit langer Zeit bereits tatsächlich vorhanden waren und neben einer Erschließungsfunktion für die anliegenden Grundstücke auch einem nicht unerheblichen öffentlichen Verkehr gedient haben. In diesem Fall war nach der gegebenen Gesetzeslage stets die Öffentlichkeit von Gemeindestraßen anzunehmen und eine Widmung nach § 6 StrWG war im Regelfall entbehrlich.

Diese Gesetzeslage wird seit kurzem durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Schleswig strenger ausgelegt, so dass sich im Einzelfall die Notwendigkeit ergibt, öffentliche Straßen (nachträglich) zu widmen. Betroffen sind hiervon vorrangig die sog. Anliegerstraßen (insbesondere z. B. bei Sackgassenlage), bei denen das Verwaltungsgericht Schleswig die gesetzlich geforderte Eigenschaft „*einem nicht unerheblichen öffentlichen Verkehr dienen*“ in ausgeurteilten Einzelfällen nicht erkennen konnte. Aber auch andere Straßenkategorien können von dieser neuen Auslegung betroffen sein.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, dass es sich gerade bei der Bewertung der Öffentlichkeit von Straßen nach § 57 Absatz 3 StrWG um reine Einzelfallentscheidungen handelt, aus denen keine unmittelbaren Rückschlüsse für *alle* Straßen der Stadt Fehmarn abgeleitet werden können.

Dennoch wird verwaltungsseitig nach Rücksprache mit der GeKom GmbH dazu geraten, die Dorfstraße in Vadersdorf sowie die Dorfstraße in Blieschendorf zu widmen, da der Nachweis der Öffentlichkeit von Straßen im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenbaubeiträgen erbracht werden muss.

Da für Widmung und Entwidmung nach der Hauptsatzung die Stadtvertretung zuständig ist, muss die Widmung von der Stadtvertretung beschlossen werden.

Die zu widmenden Wegeabschnitte sind in der Anlage aufgelistet und in den Karten kenntlich gemacht. Es wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Aussprache:

Stadtvertreter Herkommer berichtet aus den Beratungen im Finanzausschuss. Anschließend ergeht ohne weitere Aussprache nachfolgender

Beschluss:

1. Der beabsichtigten Widmung des Flurstückes 6 (teilweise) der Flur 4 der Gemarkung Vadersdorf und der Flurstücke 12, 28 (teilweise), 45, 46/4 und 61 (teilweise) der Flur 3 der Gemarkung Vadersdorf als Ortsstraße entsprechend der Anlage wird zugestimmt.
2. Der beabsichtigten Widmung der Flurstücke 90/55 (teilweise) und 64 (teilweise) der Flur 3 der Gemarkung Blieschendorf als Ortsstraße entsprechend der Anlage wird zugestimmt.
3. Die Stadtvertretung ermächtigt den Bürgermeister alle erforderlichen Schritte zur Widmung der aus der Anlage hervorgehenden Wege- bzw. Straßenteilflächen vorzunehmen.

Beratungsergebnis:

Gremium		Sitzung am	TOP
Stadtvertretung		I 19.12.2013	I 19 I
< 21 > Ja	< 0 > Nein	< 1 >	Enthaltung

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

20. Vergabe von Grundstücken mit Wohnbebauung **hier: Grundstücke Staakensweg / Südersoll**

Vortrag gemäß Vorlage Fi 009-2013

Sachverhalt:

Auf die Vorlage Fi 159-2012 und 165-2013 wird hingewiesen.

In der Sitzung des Finanzausschusses am 06.12.2012 ist über die Vergabe von Baugrundstücken im Bereich Burg im Gahlendorfer Weg (6 Grundstücke) und im Bereich Staakensweg / Südersoll (5 Grundstücke) beraten worden.

Es ist dabei der folgende Beschluss gefasst worden:

Die Baugrundstücke sollen zum Wert von 100 € pro m² veräußert werden.

Es soll ein Vergabematrix entwickelt werden. Der Hauptausschuss soll diese Vergabematrix beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beschluss der Vergabematrix die Interessenten anzuschreiben und die beschlossenen Vergabekriterien über einen Fragebogen zu ermitteln.

Anhand der Fragebögen soll dann eine Prioritätenliste zur Grundstücksvergabe aufgestellt werden. Die Vergabe erfolgt der Reihe nach. Bei gleicher Priorität und Wunsch nach dem gleichen Grundstück entscheidet ein Losverfahren. Soweit noch Grundstücke zur Verfügung stehen und keine Bewerber mehr vorhanden sind, die die Vergabekriterien erfüllen, sollen die Grundstücke zum Höchstpreis vermarktet werden. Bei Preisgleichheit entscheidet über die Vergabe ein Losverfahren.

Der o. g., von der Stadtvertretung beschlossene Wert bezieht sich auf ein teil - erschlossenes Grundstück, der den ansonsten anfallenden städtischen Erschließungsbei-

trag umfasst, jedoch nicht die Anschlussbeiträge und Herstellungskosten der Stadtwerke sowie diejenigen Kosten anderer Ver- und Entsorgungsträger. Diese Kosten wären von den jeweiligen Erwerbern zu tragen. Die Preisbildung würde somit annähernd dem aktuellen Verkehrswert (Bodenrichtwert) entsprechen.

In der Sitzung des Finanzausschusses am 22.04.2013 ist eine Vergabematrix beschlossen worden, die sich textlich **nur** auf die Vergabe von Baugrundstücken im Gahlendorfer Weg bezog. Die Beratung und Beschlussfassung soll nunmehr der Klärstellung dienen, ob auch die Grundstücksvergabe im Bereich Staakensweg / Südersoll (fünf Grundstücke / Bebauungsplan Nr. 108 der Stadt Fehmarn) auf der Grundlage des vorgenannten Beschlusses und der am 22.04.2013 beratenen Vergabematrix erfolgen soll, damit die Vergabe verwaltungsseitig vorbereitet und gegenüber den Bewerbern zutreffend kommuniziert werden kann.

Derzeit (Stand: 31.10.2013) liegen insgesamt 28 Bewerbungen für die fünf vorhandenen Grundstücke im Bereich Staakensweg / Südersoll vor.

Ohne Berücksichtigung des Grundstücksankaufes sind Auszahlungen für Bauleitplanverfahren, Vermessung und Erschließung in Höhe von ca. 125.000 EURO zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Preisvorgabe, verglichen mit derzeitigen Marktpreisen, sehr günstig ist. Auch wenn evtl. noch 10-15 EURO pro QM an Anschlusskosten für Ver- und Entsorgung der Grundstücke anfallen, liegen die Grundstückspreise deutlich unter dem Marktniveau von ca. 180 EURO pro QM.

Vor dem Hintergrund einer notwendigen Haushaltskonsolidierung wird vorgeschlagen, die Grundstücke zum Marktpreis zu veräußern.

Um Beratung und Beschlussfassung wird gebeten.

Aussprache:

Stadtvertreter Herkommer berichtet aus den Beratungen im Finanzausschuss. Anschließend ergeht ohne weitere Aussprache nachfolgender

Beschluss:

Die fünf Baugrundstücke im Bereich Staakensweg / Südersoll sollen zu einem Verkaufspreis in Höhe von 100,00 EURO / QM (einschließlich Erschließungsbeitrag, ohne Anschlussbeiträge Stadtwerke) veräußert werden.

Die Vergabe erfolgt auf der Grundlage der am 22.04.2013 durch den Finanzausschuss beschlossenen Vergabematrix wie im Bereich „Gahlendorfer Weg“.

Die Vergabe erfolgt gemeinsam mit dem Bereich Gahlendorfer Weg in Form eines Grundstückspools.

Beratungsergebnis:

Gremium

Stadtvertretung

Sitzung am

I 19.12.2013

TOP

I 20 I

< 22 > Ja-Stimmen (einstimmig)

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

21. Straßenausbauprogramm 2014 hier: Grundsatzbeschluss

Vortrag gemäß Vorlage BA 021-2013

Sachverhalt:

Nach dem aktuellen Planungsstand sollen für die Straßenunterhaltung und für investive Maßnahmen im Straßenbau im Haushalt 2014 1.200.000 € zur Verfügung gestellt werden, deren Verwendung gemäß Beschluss des Arbeitskreises Straßenbau & Kernwegenetz wie folgt vorgesehen ist :

Maßnahmen	Unterhaltung €	Investitionen €
Kanal- und Straßenausbaumaßnahme Bojendorf Der Abschnitt Schwalbenweg wird nicht mit ausgebaut; bei der Baumaßnahme sind die Straßen Schwalbenweg und Achtern Höben für den Baustellenverkehr zu sperren. Die Ausschreibung ist vorzubereiten; die Maßnahme soll bis zum Beginn der Hauptsaison 2014 durchgeführt werden. Die Anlieger sind entsprechend zu informieren.	0	450.000
Kanal- und Straßenausbaumaßnahme Industriestraße Die Ausschreibung ist vorzubereiten; die Maßnahme soll bis zum Beginn der Hauptsaison 2014 durchgeführt werden. Die Anlieger sind entsprechend zu informieren.	0	350.000
Straßenausbaumaßnahme Radweg Petersdorf – Variante 4 Die Ausschreibung ist vorzubereiten; die Maßnahme soll bis zum Beginn der Hauptsaison 2014 durchgeführt werden. Die Anlieger sind entsprechend zu informieren.	0	125.000
Allgemeine Unterhaltung	100.000	0
Abrechnung Straßenausbaubeiträge (Gekom)	30.000	0
Unterhaltung L 217 – Albersdorf und kleinere Asphaltierungen Es sind nicht nur die 240 m auszubessern, sondern die gesamten ca. 500 m „zu unterhalten“. Die Maßnahme wird als Zwischenlösung für 5 – 6 Jahre angesehen und soll max. 50.000 € kosten.	90.000	0
Unterhaltungsmaßnahme Gertrudenthaler Straße Die Maßnahme ist mit der Industriestraße auszuschreiben.	55.000	0
Gesamtbetrag :	275.000	925.000
	1.200.000	
Reserve für Unvorhergesehenes :	0	

Die entsprechenden Ingenieurleistungen zu o.a. Baumaßnahmen wurden aus zeitlichen Gründen zwischenzeitlich vergeben; die Planungsunterlagen zu den investiven Ausbaumaßnahmen werden derzeit ausgearbeitet und anschließend den Anliegern vorgestellt. Die Versendung der Ausschreibungsunterlagen ist für den 06.01.2014 vorgesehen.

Aussprache:

Stadtvertreter Mehnert berichtet aus den Beratungen im Bau- und Umweltausschuss.

Stadtvertreter Ehlers richtet seinen Dank an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Straßenbau & Kernwegenetz und stellt fest, dass die Arbeitsgruppe tatsächlich Einsparungen erzielt habe.

Stadtvertreter Haselhorst teilt mit, dass er den beabsichtigten Maßnahmen als gesamtes nicht zustimmen könne, da für den Ausbau des „Radweges Petersdorf Variante 4“ keine ausreichende Bürgerinformation stattgefunden habe. Er bittet, ebenso wie Stadtvertreter Eberle, über die Maßnahmen einzeln abzustimmen.

Erster Stadtrat	Jörg Weber	Ja,
Stadtvertreter	Werner Ehlers	Nein,
Stadtvertreter	Hinnerk Haltermann	Nein,
Stadtvertreter	Rainer Haselhorst	Nein,
Stadtvertreter	Jürgen Kölln,	Nein,
Stadtvertreterin	Margit Maaß	Ja,
Stadtvertreter	Josef Meyer	Nein,
Stadtvertreterin	Gitte Struck	Nein,
Stadtvertreter	Andreas Hansen	Nein,
Stadtvertreter	Carsten Mackeprang	Nein,
Stadtvertreterin	Claudia Parge	Nein,
Stadtvertreter	Oliver Schultz	Nein,
Stadtvertreterin	C. Stodt-Kirchholtes	Ja,
Stadtvertreter	Marco Eberle	Ja,
Stadtvertreterin	Christiane Dittmer	Enthaltung.

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

23.3. Anfragen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachfolgende Anfragen sind dem Bürgermeister seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schriftlich vorgelegt worden:

1. Wie wird in der Stadtverwaltung Fehmarn mit dem Holz verfahren, das durch Fällen oder Zurückschneiden von Straßenbäumen oder –gehölzen gewonnen wird? Wird es den Bürgerinnen / Bürgern - zumindest zukünftig - ermöglicht, das Holz zu angemessenem Preis zu erwerben?

Bürgermeister Schmiedt antwortet wie folgt:

Der Bauhof versucht zunächst das Ziel zu erreichen, dass die Entsorgung des Holzes keine Kosten verursacht. Ansonsten gebe es zwei Fallkonstellationen:

Bei größeren Baumpflegemaßnahmen arbeitet der Bauhof so, dass die Dienstleister den Schnitt kostenfrei ausführen und dafür das Holz in deren Eigentum übergehe. Weiterhin werden von den Dienstleistern, wie z. B. die Lohnunternehmen von der Insel, dann Container kostenlos zur Verfügung gestellt und dafür übernehmen diese dann das Holz und dessen Abtransport. Der Bauhof hat dann keine Logistikkosten. Ansonsten (vielfach bei kleineren Maßnahmen) übernehmen auch vielfach die direkten Anlieger das Holz. Der Bauhof fälle dann nur und säge den Baumschnitt in händelbare Abschnitte, Damit wird der Aufwand für den Bauhof sowohl finanziell als auch personell gering gehalten.

Das fachgerechte Aufarbeiten und Aufstapeln und eine Personalgestellung für einen Holzverkauf kann der Bauhof nicht leisten.

2. Wie ist in Puttgarden der Sachstand in der Körperstraße? Zeichnet sich dort eine Art Ghetto-Bildung ab?

Bürgermeister Schmiedt antwortet dass durch den Fachbereich Ordnung und Soziales im September 2012 ein afghanisches Ehepaar mit zwei Kindern in einer Wohnung der „Gagfah“ in der Körberstraße 1 untergebracht worden sei . Weitere Unterbringungen seien dort nicht erfolgt. Es sei dem Fachbereich Ordnung und Soziales nicht bekannt, dass es im Bereich der Körberstraße zu Problemen gekommen sei.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass Flüchtlinge aus Syrien in der Stadt Fehmarn nicht untergebracht seien.

24.4 Bushaltestelle K 43 in Höhe Ortsteil Blieschendorf

Stadtvertreter Thomsen berichtet über den ungünstigen Standort der Bushaltestelle in Höhe des Ortsteils Blieschendorf. Die Bushaltestelle sei direkt an der K 43 befindlich und stelle für die dort einsteigenden Schulkinder eine große Gefahrenquelle dar. Er bittet den Bürgermeister um Überprüfung ob die Bushaltestelle an einen anderen Standort verlegt werden könne.

Bürgermeister Schmiedt nimmt den Hinweis zur Prüfung auf und wird über das Ergebnis berichten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Bürgervorsteherin die öffentliche Sitzung der Stadtvertretung um 22.15 Uhr.

Sie wünscht den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2014.

C. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe evtl. Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beschlüsse aus dem nicht-öffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 23.00 Uhr, bedankt sich für die bisherige gute konstruktive Zusammenarbeit und wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und ein guten Rutsch ins neue Jahr 2014.

Protokollführer:

(Günther Schröder)

Vorsitzende:

(Brigitte Brill)
Bürgervorsteherin